Zeitung der Linken
HERBST 2025

Spandauer Umschau

Kostenlos. Aber unbezahlbar.

Gemeinsam sind wir #unkürzbar

4
Haushalt
Gegen den sozialen Kahlschlag

14
Im Aufwind
Junge Menschen und Die Linke

16
Vorstellung
Unsere neue Abgeordnete

Neues aus Spandau

Zahl des Monats

42

Seit dem Jahr 2022 sind die Mieten in Berlin um 42% angestiegen.

Schlechte Nachrichten für Mieter*innen
CDU-Stadtrat verhindert Mieterschutz

Mit der Entscheidung von Thorsten Schatz (CDU) gegen drei neue Milieuschutzgebiete in der Siemensstadt, der Rudolf-Wissel-Siedlung und am Germersheimer Platz entgeht dem Bezirk die Chance die Mieterinnen und Mieter in Spandau besser vor Verdrängung zu schützen.

Die Linksfraktion im Spandauer Rathaus kritisiert dies und macht sich für mehr Mieterschutz stark.

Therapiekrise
Spandaus Kinder ohne Hilfe

Die Anfrage der Linksfraktion Spandau zeigt, dass es in Spandau nur drei Fach:ärztinnen für Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt. Zum Vergleich - in Charlottenburg sind es zwölf.

Wir fordern mehr Therapieplätze im Bezirk, eine auskömmliche Finanzierung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Therapeut:innen und eine Bedarfsanalyse für den gesamten Bezirk.

Achtung gefährlich
Jedes dritte Kind in Spandau kann nicht schwimmen

Unsere Anfrage im Abgeordnetenhaus deckt auf, dass es in diesem Sommer keine Intensiv-Schwimmkurse in Spandau gab, obwohl hier jedes dritte Kind nicht schwimmen kann. Es braucht kostenlose Schwimmkurse für alle Kinder, mehr öffentliche Schwimmbäder und ausgewiesene Badestellen im Bezirk, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Bestehende Freibäder müssen schneller saniert und neue geplant werden.

Impressum

Spandauer Umschau,
Ausgabe 02/2025

Herausgegeber:
Die Linke Bezirksverband Spandau
Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin
Tel.: (030) 36 43 74 71
www.die-linke-spandau.de
info@die-linke-spandau.de
fb.com/DieLinkeBerlinSpandau
instagram.com/dielinke.spandau
twitter.com/DieLinkeSpandau

V.i.S.d.P.: Marc Mattern
Redaktion: M. Mattern, C. Vosswinkel,
Gestaltung: R. Hee, C. Cave
Redaktionsschluss: 31.08.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Frauen werden die Lücken füllen

von Kerstin Wolter

Kerstin Wolter ist seit diesem Jahr Co-Landesvorsitzende der Berliner Linken.
S

Der Schwarz-Rote Senat unter Bürgermeister Kai Wegner legt mit seinen Kürzungsplänen die Kettensäge an den Zusammenhalt in unserer Stadt. Wer soll die fehlende Unterstützung durch die Stadt auffangen, wenn Kitas und Kinderläden schließen, die Versorgung in Krankenhäusern unter dem Ökonomisierungsdruck zusammenbricht oder Sozialarbeiter*innen in Schulen entlassen werden?

Wo soziale Infrastruktur weggekürzt wird, werden es die Frauen sein, die als erstes die Lücken füllen. Kürzungspolitik führt nicht nur zu allgemein mehr Ungerechtigkeit, sie führt auch konkret zu mehr Ungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Im Gegenzug sind der Ausbau von Sozialstaat und sozialer Infrastruktur Emanzipationsbeschleuniger.
Sie anzugreifen, kommt einem Angriff auf Frauen gleich.

**Als Berliner Linke halten wir deshalb dagegen.
Wir werden uns mit aller Macht und an der Seite der vielen von den Kürzungen betroffenen Organisationen dieser Abriss-Regierung entgegenstellen.**

Haushaltsentwurf 2026/27: **Kürzen statt Kümmern? Nicht mit uns!**

Fast eine Milliarde Euro – so groß ist das Haushaltsvolumen des Bezirks Spandau für die Jahre 2026 und 2027. Klingt nach viel Geld, das das Land dem Bezirk zur Verfügung stellt. Doch der Großteil dieser Summe – über 80 Prozent – ist fest verplant. Für soziale Einrichtungen, Grünflächenpflege oder die Sanierung von Spiel- und Sportplätzen bleibt kaum Spielraum. Preissteigerungen bei Energie, Bau oder Tarifen sozialer Träger werden ignoriert – oder auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen.

Während der Senat großspurig verspricht, dass „die Stadt funktioniert“, fehlt den Bezirken dafür das nötige Geld. Statt Unterstützung gibt es Kürzungen. Für uns als Linke steht fest: Diese Politik trifft die Falschen. Jugendliche, die ihren Jugendklub verlieren. Beschäftigte in sozialen Einrichtungen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Arbeit stemmen sollen. Menschen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind. Sie alle zahlen den Preis für das Kürzungschaos von CDU und SPD.

> **Es droht aktuell zwar keine dramatische Schließungswelle, doch gekürzt wurde dennoch überall ein bisschen, während notwendige Investitionen ausbleiben.**

Der Senat hat nun angekündigt, neue Schulden aufzunehmen und den Bezirken 1,4 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Nicht etwa aus Überzeugung, sondern aus Angst vor Protesten aus der Zivilgesellschaft und vor einer Haushaltsdebatte mitten im Wahlkampf 2026. So sieht „verantwortungsvolle“ CDU-SPD-Finanzpolitik also aus! In Spandau kam der Haushaltsentwurf aus dem Bezirksamt erst Anfang Juli – verdächtig spät und bestimmt kein Zufall. Vermutlich sollten die Einschnitte möglichst lange unter dem Radar bleiben. Zwar droht auf den ersten Blick aktuell keine dramatische Schließungswelle. Doch gekürzt wurde – nach der Methode „Rasenmäher“ überall ein bisschen. Und notwendige Investitionen? Fehlanzeige. So bleibt der ohnehin überlastete Apparat gerade mal so am Laufen.

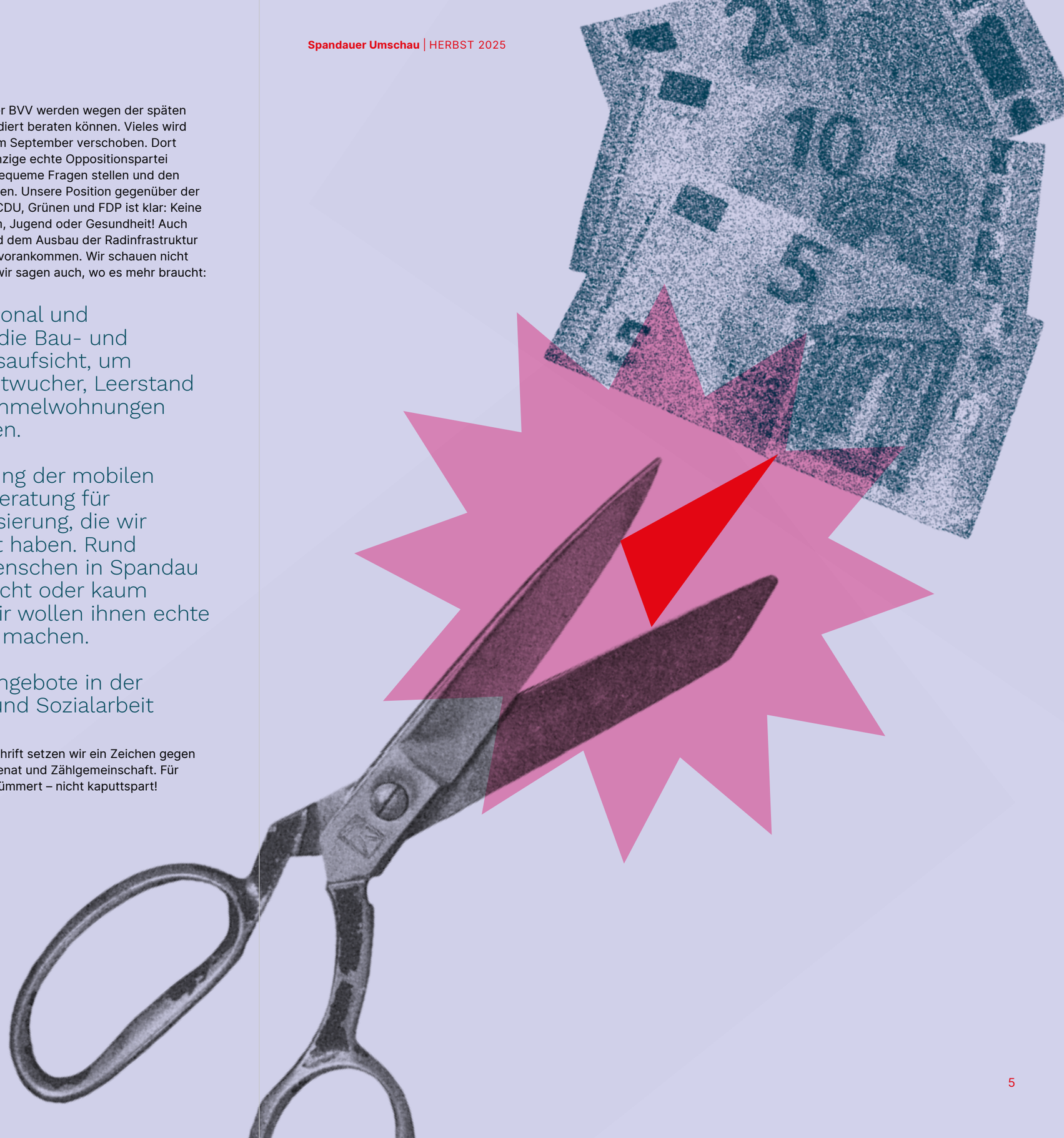
Die Fachausschüsse der BVV werden wegen der späten Vorlage kaum noch fundiert beraten können. Vieles wird in die Haushaltsrunde im September verschoben. Dort werden wir Linke als einzige echte Oppositionspartei genau hinschauen, unbequeme Fragen stellen und den Finger in die Wunde legen. Unsere Position gegenüber der Zählgemeinschaft aus CDU, Grünen und FDP ist klar: Keine Kürzungen bei Sozialem, Jugend oder Gesundheit! Auch beim Umweltschutz und dem Ausbau der Radinfrastruktur muss Spandau endlich vorankommen. Wir schauen nicht nur, wo gekürzt wird – wir sagen auch, wo es mehr braucht:

1. Mehr Personal und Mittel für die Bau- und Wohnungsaufsicht, um gegen Mietwucher, Leerstand und Schimmelwohnungen vorzugehen.

2. Aufstockung der mobilen Bildungsberatung für Alphabetisierung, die wir mitinitiiert haben. Rund 20.000 Menschen in Spandau können nicht oder kaum lesen – wir wollen ihnen echte Angebote machen.

3. Weitere Angebote in der Jugend- und Sozialarbeit

Mit klarer linker Handschrift setzen wir ein Zeichen gegen das Finanzchaos von Senat und Zählgemeinschaft. Für einen Bezirk, der sich kümmert – nicht kaputtspart!



Haushalt Berlin
Das Drama um die Kürzungen

Mittlerweile spüren nicht nur Sozialarbeitende die Drohkulisse – auch Kulturschaffende, Lehrpersonal und sogar Eltern merken sie im Alltag. Bundesweit sorgt die vielbeschworene „Zeitenwende“ für enge Kassen: Kriege, militärische Aufstockungen und gestiegene Preise drücken auf kommunale Budgets. Sparen gilt vielen als Allzwecklösung – die Folgen spüren Kulturhäuser, Vereine, Jugend- und Familienangebote zuerst. Aber: Es gibt Alternativen.

Seit letztem Jahr hält der CDU-SPD-Senat Berlin in Ungewissheit: Die Haushaltsdebatte in Berlin ist geprägt von intransparenter Kommunikation, widersprüchlichen Signalen und kurzfristigen Kurswechseln. Heute pauschale Einschnitte, morgen neue Spielräume, übermorgen die nächste Korrektur. Das Ergebnis: befristete Verträge, Personal, das geht, weil Planungssicherheit fehlt, eingestampfte Projekte.

> **Das Ergebnis: befristete Verträge, Personal, das geht, weil Planungssicherheit fehlt, eingestampfte Projekte.**

Zuletzt – kurz vor der politischen Sommerpause Ende Juli - wurde angekündigt, den Doppelhaushalt für 2026/27 nun doch aufzustocken statt pauschal zu kürzen. Das ist ein Erfolg von Trägern, Beschäftigten, Initiativen und #unkürzbar. Entwarnung ist es nicht. Die gibt es erst, wenn Tarif-, Energie- und Sachkosten voll gegenfinanziert sind und Träger Planungssicherheit haben. Ein Regierungsstatement ersetzt keine verlässliche Finanzierung. Ohne Tarifvollausgleich und mehrjährigen Zusagen bleibt Unsicherheit und Unsicherheit frisst Strukturen. Es geht um das soziale Rückgrat unserer Stadt, um Angebote, die stärken, wo es dringend gebraucht ist.

> **Die Linke steht an der Seite der Träger, Einrichtungen und Zivilgesellschaft. Wir halten zusammen.**

Deshalb steht Die Linke an der Seite der Träger, Einrichtungen und Zivilgesellschaft. Wir halten zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung haben die linken Fraktionsvorsitzenden aller 12 Bezirke öffentlich klargemacht: Wenn die Kehrtwende des Senats ernst gemeint ist, muss sie unten ankommen. Denn selbst mit den neuen Ankündigungen sind die Bezirke nach wie vor unterfinanziert. „Aufstocken“ darf nicht auf dem Papier enden – es muss im Alltag der Einrichtungen wirken: verlässlich, mehrjährig, nachvollziehbar.

Die Erklärung haben wir mit einer gemeinsamen Pressekonferenz unterstrichen: #unkürzbar heißt, dass Versprechen zu Taten werden. Die Detailentscheidungen zu dem kommenden Doppelhaushalt fallen im Herbst. Bis dahin bleibt vieles offen.

Wie sich die bisherige Situation konkret auf den Haushalt im Bezirk auswirkt, lest ihr im Beitrag zum Spandau-Haushalt unseres Co-Fraktionsvorsitzenden in der BVV auf Seite 04.

Was ist #unkürzbar?

Ein basisdemokratisches Bündnis aus der Zivilgesellschaft. Ziel: die soziale, kulturelle und ökologische Infrastruktur sichern statt kaputtzusparen.

Worum geht’s?

1. Kürzungspolitik gefährdet Angebote, die die Stadt zusammenhalten – und trifft besonders Menschen, die schon Barrieren erfahren

2. Kritik an falschen Prioritäten: Geld ist vorhanden, wird aber anders gebunden (z. B. Prestigeprojekte, Aufrüstung); vorhandene Spielräume wurden zu wenig genutzt

3. Forderung nach Zukunftsinvestitionen statt Abbau – auch weil viele Bereiche schon vor den Kürzungen unterfinanziert waren

Was macht die Bewegung?
-Demos und Aktionen: u.a. Großdemo 15. Dezember 2024, Aktionstag am 8. März 2025
-Kontinuierliche Proteste & Vernetzung
-Dokumentation der Kürzungsfolgen

Mitmachen
Schließt euch an! Alle sind eingeladen mitzumachen. Zusammen sind wir #unkürzbar.

BERLIN ist #unkürzbar

Schließt euch an!
Mehr Infos findet
ihr auch unter
www.unkuerzbar.de

Linke Alter-nativen zu den Kürzungen

1,3

Milliarden € würde eine Vermögenssteuer in der alten Form Berlin mindestens jährlich einbringen.

Frühzeitige Haushalts-planung

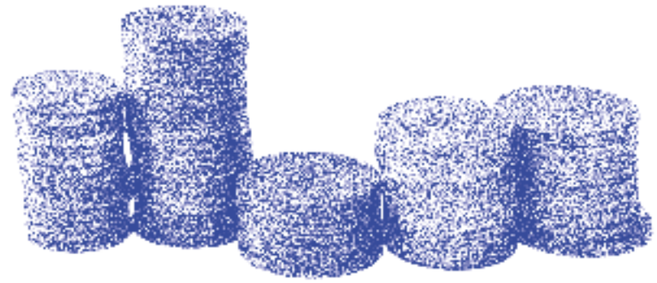
bereits zum letzten Haushalt hätten Schwarz-Rot Einsparungen veranlassen können, um den derzeitigen Kahlschlag zu verhindern.

Schulden-bremsen-reform

Die Schuldenbremse verhindert Investitionen in soziale Infrastruktur und Klimaschutz. Sie muss reformiert werden, damit Berlin in Krisen und bei dringendem Bedarf handlungsfähig bleibt. Nur so lassen sich Kürzungen stoppen und Zukunft gestalten.

76 Mio €

könnte eine Anhebung der Grunderwerbssteuer um 0,5% Berlin jährlich einbringen. Damit wäre dann das Brandenburger Niveau erreicht (Berlin derzeit 6%, Brandenburg derzeit 6,5%).



800 Mio €

haben nicht eingetriebene Steuern bei den Spitzenverdienenden der Stadt Berlin letztes Jahr etwa gekostet.Mehr Steuerprüfer*innen müssen her! Steuerprüfquote muss erhöht werden.

Notlagen-erklärung

Armut, Klimakrise und Sanierungs-stau sind eine akute Notlage. Berlin muss diese ausrufen, um Kürzun-gen zu stoppen und dringend nöti-ge Investitionen zu ermöglichen.

40 Mio

Nach Tübinger Vorbild ziehen bereits einige Städte in Deutsch-land nach: Eine Einweg- und Verpackungssteuer (Abgabe von 0,50€ pro Stück und 0,20€ pro Einwegbesteck) kann Berlin 40 Mio € jährlich einbringen.

Pakt mit sozialen Träger

Endlich mehr Sicherheit für alle, die etwas für alle tun! Es braucht klare Kommunikation, Büro-kratieabbau, Planungssicherheit und stabile Finanzen, um lang-fristig gutes Personal zu halten, um ein berlinweites Netz aufzu-bauen, das Menschen, die sonst herunterfallen, auffängt. Wer soziale Träger im Stich lässt, spart am falschen Ende – und riskiert, dass Lücken in der Versorgung noch größer werden.

1 Mrd €

Ende 2025 gab es die Möglichkeit für Berlin 1 Milliarde € an Krediten aufzunehmen. Sogar die Schuldenbremse hätte das zugelassen – doch CDU und SPD haben darauf verzichtet.

Sozialgipfel 2025 bei Hînbûn

Unser Sozialgipfel

Politik mit den Menschen, nicht über sie

Unter dem Motto „Gemeinsam für ein soziales Spandau" fand am 30. Juni unser Sozialgipfel 2025 statt. Wir haben Initiativen, Einrichtungen und Vereine aus dem Bezirk eingeladen und uns bei Hînbûn – dem internationalen Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien – getroffen. Ziel war es, gemeinsam zu besprechen, wo es in Spandau hakt und wie wir Strukturen schaffen können, damit soziale Themen schneller gehört und angegangen werden.

Schon im letzten Jahr haben wir den ersten Spandauer Sozialgipfel veranstaltet. Damals wollten wir die vielen wichtigen sozialen Akteure nicht mehr nur einzeln besuchen, sondern sie gemeinsam an einen Tisch holen. So konnten wir ihre Anliegen gebündelt hören und mit in die Parlamente nehmen. Auch Vertreter*innen der Linken aus dem Abgeordnetenhaus waren bereits dabei, um berlinweite Themen mitzunehmen. Das Treffen war ein voller Erfolg. Es hat uns nicht nur einen Fahrplan für unsere politische Arbeit geliefert, sondern auch viele neue Kontakte und eine starke Zusammenarbeit ermöglicht. Deshalb war für uns klar: Das machen wir weiter!

> **Wir wollen Strukturen schaffen, damit Anliegen schneller bei uns ankommen und Politik näher an den Menschen handeln kann.**

Dieses Jahr wollten wir einen Schritt weitergehen: Wir wollten nicht nur aktuelle Probleme sammeln, sondern gemeinsam überlegen, wie wir Strukturen schaffen können, damit Anliegen schneller bei uns ankommen und Politik näher an den Menschen handeln kann. Im ersten Teil des Sozialgipfels haben wir vor allem zugehört. Einrichtungen und Initiativen haben uns erzählt, wo es aktuell hakt. Dabei ging es häufig um die Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Sabine Knepel (links) Vorsitzende des Sozialausschusses im Gespräch

und dem Bezirksamt. Viele berichten von fehlenden Sprechzeiten, schlechter Erreichbarkeit und unklaren Zuständigkeiten.

Auch die schwierige Lage in der gesundheitlichen Versorgung kam zu Sprache. Weitere Themen waren bürokratische Hürden, fehlende analoge Alternativen zu digitalen Verfahren und ganz praktische Dinge wie verschattete Spielplätze. Wir haben mitgeschrieben – mit dem Ziel, konkrete Anträge und Anfragen für die BVV daraus zu entwickeln.

Im zweiten Teil ging es dann um die Frage: Wie machen wir weiter? Gemeinsam haben wir überlegt, wie wir die Zusammenarbeit verbessern können. Diskutiert wurde über regelmäßige Austauschrunden, feste Sprechzeiten der Fraktion, einen gemeinsamen Verteiler für wichtige Themen und auch über Besuche vor Ort. Wichtig war uns auch, dass sich die Initiativen untereinander besser vernetzen können – denn oft hilft schon der Austausch, um Probleme schneller zu lösen.

Für uns ist klar: Gerade in Zeiten von Kürzungen und wachsendem Druck auf soziale Angebote braucht es politische Verbündete.

> **Gerade in Zeiten von Kürzungen und wachsendem Druck auf soziale Angebote braucht es politische Verbündete.**

Wir wollen dieser verlässlicher Partner sein. Wir sehen uns als Brücke zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik Unser Ziel bleibt: Zuhören, übersetzen, handeln. Die Themen, die beim Sozialgipfel genannt wurden, nehmen wir direkt mit in unsere Arbeit im Rathaus.

Wir danken allen, die beim Sozialgipfel dabei waren – für ihre Offenheit, für ihren Einsatz, für ihre Ideen. Der Sozialgipfel zeigt: Wenn wir zusammenkommen, können wir Spandau sozialer und gerechter machen. Wir bleiben gemeinsam dran: für ein Spandau, das zusammenhält.

Der **Spuk** muss **aufhören**!

Sabine Knepel ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke und Vorsitzende des Sozialausschusses in der BVV Spandau.

Der Spuk muss aufhören! Alle zwei Jahre das Drama, bekannt auch unter dem Begriff „Erstellung des Haushaltes“. Durch irgendwelche Wahlen immer häufiger verspätet, so dass eine Mitsprache der Ausschüsse im Eiltempo erfolgen muss oder eben auch mal in die Sommerpause fällt. Ein Alleingang ist da doch viel effektiver, nicht wahr?

Hier in Spandau hat sich eine satte CDU-Mehrheit breit gemacht und ihre Zählgemeinschaft in die Tasche gesteckt. Nach einigen abgelehnten Anträgen der Linksfraktion war mir schnell klar: Kinder, ihre Familien und ihre Zukunft sind scheißegal. Der Rotstift zieht dicke fette Striche durch den gesamten sozialen Bereich. Projekte, die irrsinnigerweise nur für zwei Jahre mit großem Brimborium eröffnet wurden, sollten gleich wieder schließen, weil der erhoffte Erfolg angeblich ausblieb. Oft kommen die Gelder verspätet, dann find mal innerhalb kürzester Zeit Räumlichkeiten und Personal um das Projekt von jetzt auf gleich erfolgreich zu machen. Klar soweit?

> **Für unbequeme Anträge gibt es standardmäßig Antworten wie keine Zuständigkeit, kein Geld, kein Personal, keine Ressourcen oder alles zusammen.**

Die Prioritäten haben sich verschoben, für unbequeme Anträge gibt es standardmäßig Antworten wie keine Zuständigkeit, kein Geld, kein Personal, keine Ressourcen oder alles zusammen. Geht locker über die Lippen. Dem gegenüberstehen aber bedrohliche Fakten. Der gerade in Arbeit befindliche Gesundheits- und Sozialatlas konnte schon jetzt feststellen, dass Spandau weiter im berlinweiten Ranking abgesunken ist und nunmehr wohl auf dem letzten Platz landen wird. Die Zahngesundheit z.B. von Kindern hat in einem Spandauer Kiez die schlechtesten Untersuchungsergebnisse im bundesweiten Vergleich. Man wurde sich schnell einig, dass hierbei fehlende Bildung eine der Hauptursachen sei. Folglich fangen es jetzt die 5,-€ mehr für Bildung und Teilhabe super auf. Toll! Die heiß umstrittenen Klassenfahrten dürfen auch wieder beantragt werden. Das bisschen Bildung, was da vermittelt werden kann, ist vermutlich lächerlich, aber wir wollen ja nicht so sein.

Anders im Bereich „Kinder in Luft und Sonne“, da gibt es auf keinen Fall mehr Geld. Und die Sonne ist doch sowieso überall. Besonders knallt sie auf nahezu jeden Spielplatz erbarmungslos nieder. Wie unverschämt, einen Antrag gestellt zu haben, für die Beschattung von Spielplätzen zu sorgen. Überflüssig, weil ja Bäume gepflanzt werden. „Kinder müssen in der Sonne spielen, das ist gut für sie.“ Kapiert?

Ein Beispiel habe ich noch: „Schwimmen“. Auch beim Schwimmen landet Spandau auf dem Treppchen: Mit 30,6 % hat Spandau berlinweit einen der höchsten Anteile an Kindern, die nicht Schwimmen können. Wie auch? Das Stadtbad Nord ist zum Glück zwar mit Schwimmunterricht ausgelastet, aber im Sommer geschlossen, muss ja auch mal sauber gemacht werden. Stadtbad Nord sieht schon von außen nicht besonders einladend aus, das Freibad dort ist eh geschlossen. Das Freibad in Staaken bleibt dem öffentlichen Betrieb vorbehalten, was ja bitte auch sein sollte. Wer also gehofft hätte, dass es Schwimmkurse in den Sommerferien in Spandau gäbe, dem zeige ich ne lange Nase.

Gäbe es welche, würden finanziell schwächere Familien einen Zuschuss über das Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von monatlich 15,-€ bekommen. Ein Kurs in den Ferien, wohlbemerkt nicht in Spandau, beginnt bei ca. 100,-€. Ahja.

> **Es sind ja nicht nur die Kinder und Jugendlichen, die sträflich vernachlässigt werden. Das Problem zieht sich durch alle Bereiche, vom Neugeborenen bis zu Rentnerinnen und Rentnern.**

Das ist doch ein einziges Trauerspiel, denn es sind ja nicht nur die Kinder und Jugendlichen, die sträflich vernachlässigt werden. Das Problem zieht sich durch alle Bereiche, vom Neugeborenen bis zu Rentnerinnen und Rentnern. Also noch mehr Armut, noch weniger Bildung, noch schlechtere Gesundheit, noch mehr soziale Brennpunkte.

Wenn es doch überall so schön wäre wie in Zehlendorf. Gruselig!

Anzeige

Weil Teilen schöner ist:

Wir **unterstützen** mit unseren Sitzungsgeldern Menschen **in Not.**

Wer gerade Schwierigkeiten hat kleinere Einkäufe zu machen, wem ein paar Euro für die Gasabrechnung fehlen oder wer gerade das Auto nicht vollgetankt bekommt, der kann sich an uns wenden.

Monatlich zahlen die Verordneten der BVV Spandau einen Teil ihrer Sitzungsgelder in einen Fonds ein.

Aus diesem Fonds finanzieren wir kurzfristige und unerwartete Mehrkosten von Spandauer Bürger:innen.

linksfraktion-spandau.de/solidarfonds

Die Linke

Unser Besuch bei der qu:alle:

Queere Jugend-arbeit ist in Spandau unverzichtbar

*„Ihr schließt einen Raum? Wir verlieren eine Welt!“ steht auf einem Demoschild, das Besucher*innen der queeren Jugendfreizeiteinrichtung qu:alle gestaltet haben und im Dezember 2024 auf dem Instagram Account der qu:alle geteilt wurde. Zuvor hatte die Landesregierung in Berlin massive Kürzungen im sozialen Bereich angekündigt – der qu:alle und anderen Einrichtungen drohte das Aus.*

Dank großem zivilgesellschaftlichem Engagement, enger Zusammenarbeit mit Bezirk und Land und politischen Nachverhandlungen, konnten die Kürzungen abgewendet werden, eine langfristige Perspektive fehlt jedoch immer noch. Wir waren deshalb zu Besuch bei der qu:alle im Treffpunkt Neue 18 (Neuendorfer Strasse 18, 13585 Berlin) und haben mit den Mitarbeitenden über ihre Wünsche an die Politik, die Wichtigkeit queerer Jugendarbeit und die Lebensrealitäten queerer Jugendlicher und junger Erwachsener in Spandau gesprochen.

Im Gemeinschaftsraum der qu:alle, in dem wir mit den Mitarbeitenden sprechen, hängt neben viel bunter Deko und Bildern auch noch das Schild vom Instagram Post an der Wand. Nicht nur dadurch wird schnell klar, wie wichtig die qu:alle als als Schutzraum für die Jugendlichen ist, die ihn als „zweites Wohnzimmer“ beschreiben und regelmäßig bei den verschiedenen Aktivitäten dabei sind. Denn queere Jugendliche haben oftmals keine Möglichkeit, an Angeboten in herkömmlichen Einrichtungen teilzunehmen.

> **Wieso sollten sie freiwillig dort ihre Freizeit verbringen, wo sie dieselben Menschen treffen können, die sie in der Schule mobben?**

„Wieso sollten sie freiwillig dort ihre Freizeit verbringen, wo sie dieselben Menschen treffen können, die sie in der Schule mobben?“, fasst eine Mitarbeiterin das Erleben vieler Jugendlicher zusammen. Darum ist es wichtig, dass neben konkreten Beratungsangeboten, auch entspannte, spaßige Aktivitäten im geschützten Rahmen angeboten werden wie Spieleabende oder gemeinsames Kochen. Gerade in den Randbezirken Berlins ist die Stärkung queerer Sichtbarkeit durch niedrigschwellige Angebote notwendig, um den Schutz queerer junger Menschen direkt an ihrem Lebensort sicherzustellen. Auch weil es das einzige Angebot seiner Art im Bezirk ist, hat die qu:alle seit ihrer Eröffnung in 2023 einen stetigen Zulauf an Teilnehmenden. „Wir können aktuell an vier Tagen pro Woche öffnen. Unsere Besucher*innen wünschen sich, dass wir jeden Tag öffnen könnten.

> **Eine langfristige Perspektive für die qu:alle ist notwendig für queere junge Menschen in Spandau, um ihnen verlässlich Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen.**

Der Bedarf ist da und wir können nur betonen, dass das, was hier gemeinsam geschaffen wurde, auch bewahrt und weiter ausgebaut werden muss“ äußert eine Mitarbeitende. Eine langfristige Perspektive für die qu:alle ist notwendig für queere junge Menschen in Spandau, um ihnen verlässlich Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen und den Schutz vor aktuell zunehmender queerfeindlicher Gewalt und Hasskriminalität zu gewährleisten.

Nach ihren Wünschen an die Politik gefragt, erklären die Mitarbeitenden der qu:alle außerdem, dass queere junge Menschen bei politischen Entscheidungen weiterhin immer mitgedacht und dadurch im öffentlichen Raum sichtbarer werden – denn queeres Leben dürfe nicht zu einem Nischenthema werden.

Im Interview mit den Mitarbeitenden der qu:alle

Treffpunkt Neue 18:
Neuendorfer Strasse 18

13585 Berlin
Offenes Angebot:
Mittwoch und Donnerstag,
15-21 Uhr
Instagram:
@qualle.berlin

Als Hilfestellung bieten sie darum auch für andere soziale und öffentliche Einrichtungen Beratungen und Workshops an, um bestehende Zugangsbarrieren für queere junge Menschen abzubauen und für queere Lebensrealitäten zu sensibilisieren.

> **Es macht einen großen Unterschied, wenn jemand sagt: ‚Ich akzeptiere dich, wie du bist. Ich glaube dir und unterstütze dich‘.**

Von den Menschen in Spandau wünschen sich die qu:alle Mitarbeitenden vor allem weiterhin Unterstützung für queere Menschen und insbesondere Jugendliche, denn: „Es macht einen großen Unterschied, wenn jemand sagt: ‚Ich akzeptiere dich, wie du bist. Ich glaube dir und unterstütze dich‘. Darum wünschen wir uns, dass queeren Menschen weiterhin zugehört und sich für Vielfalt positioniert wird.“ Als Linke stellen wir uns klar gegen drohende Kürzungen im sozialen Bereich. Um das zu finanzieren, setzen wir uns für die Beendigung von Prestigeprojekten wie Olympia oder NFL-Spiele, für die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf das Brandenburger Niveau und für die Abschaffung der Schuldenbremse ein, denn soziale Kürzungen sind nicht alternativlos.

Durch den auferlegten Sparkurs werden mühsam aufgebaute Strukturen von einem Tag auf den anderen nachhaltig zerstört, die nicht ohne Weiteres wieder aufgebaut werden können. Wir kämpfen immer und überall für den sozialen Zusammenhalt in unserem Bezirk!

Warum die Linke bei jungen Menschen so beliebt ist

Die politische Landschaft in Deutschland hat sich bei der Bundestagswahl 2025 bemerkenswert verändert, besonders im Hinblick auf die Popularität der Linken bei jungen Wähler:innen. Laut einer aktuellen Studie konnte die Partei bei den 18- bis 29-Jährigen mit 26 Prozent Zustimmung zur stärksten politischen Kraft in dieser Altersgruppe werden. Dieser Erfolg überrascht, da die Linke lange als politische Randerscheinung galt. Doch verschiedene Faktoren erklären, warum sie gerade bei jungen Menschen so beliebt ist.

Ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Linken ist ihre klare Positionierung in sozialen Themen. Die Partei setzt sich stark für soziale Gerechtigkeit ein und hebt wichtige Anliegen wie bezahlbaren Wohnraum und eine gerechte Rente hervor. Junge Menschen, die oft mit hohen Mieten und unsicheren Arbeitsverhältnissen konfrontiert sind, finden in diesen Forderungen eine direkte Ansprache. Zudem spricht die Linke die Bedürfnisse einer liberaleren Migrationspolitik an, was besonders für junge Wähler*innen von Bedeutung ist, die eine offene und inklusive Gesellschaft unterstützen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die klare Abgrenzung der Linken von der AfD.

Die Partei positioniert sich eindeutig gegen die rechtsextremen AfD und betont ihre Rolle als „Brandmauer“ gegen diese, was sie für junge Menschen attraktiv macht, die sich von der AfD distanzieren wollen. Diese klare Haltung hebt die Linke von anderen politischen Parteien ab, die immer häufiger selbst Positionen der AfD übernehmen.

> **Die Partei positioniert sich eindeutig gegen die rechtsextremen AfD und betont ihre Rolle als „Brandmauer“.**

Die Linke punktet auch durch ihre Haltung zu Minderheiten und ihrem Fokus auf soziale Inklusion. Sie gilt als die Partei, die den Menschen in ihrer Vielfalt respektiert und anerkennt – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Besonders die Unterstützung von Frauen, der LGBTQ+-Community und anderen gesellschaftlichen Minderheiten ist ein zentraler Bestandteil ihres Programms. Viele junge Wähler*innen, die sich mit diesen Themen identifizieren, fühlen sich von der Linken gehört und verstanden. Ein weiterer Faktor für den Erfolg der Linken bei jungen Wählern ist ihre geschickte Nutzung von Social Media. Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek setzte auf Plattformen wie TikTok, wo ihre Videos hohe Klickzahlen erzielten und sie so eine breite junge Zielgruppe ansprach.

Nach dem Dammbruch der CDU bringt Die Linken-Politikerin Heidi Reichinnek in ihrer Rede das auf den Punkt, was viele junge Menschen in diesen Zeiten durch den Kopf geht. Ihr leidenschaftlicher Appell gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD wird millionenfach auf Social Media geteilt.

Die Brandmauer in diesem Land, das sind immernoch wir. Und wir alle werden auf die Straßen gehen.

26 %

Bundesweit wurde Die Linke laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 24-Jährigen mit 26 Prozent zur stärksten politischen Kraft. Im BerlinTrend vom Juli 2025 erklärten sogar 46 Prozent der 16- bis 34-Jährigen in Berlin, sie würden Die Linke wählen.

Zwar ist Social Media nicht der alleinige Grund für den Erfolg, doch die Art und Weise, wie die Linke ihre Botschaften über digitale Kanäle verbreitet, hat definitiv dazu beigetragen, junge Wähler*innen zu erreichen. Viele junge Menschen sind enttäuscht von den etablierten Parteien wie der SPD oder CDU/CSU, die ihre Versprechen im Bereich der sozialen Gerechtigkeit und des Klimaschutzes nicht ausreichend umsetzen konnten. Diese Enttäuschung hat die Linke genutzt, um sich als glaubwürdige Alternative darzustellen, die nicht in die politischen Kompromisse des etablierten Systems eingebunden ist.

> **Junge Wähler*innen, die nach Veränderung streben, finden in der Linken eine Partei, die ihre Sorgen ernst nimmt und konkrete Lösungen bietet.**

Junge Wähler*innen, die nach Veränderung streben, finden in der Linken eine Partei, die ihre Sorgen ernst nimmt und konkrete Lösungen bietet. Die Generation der Erstwähler, die die Corona-Krise hautnah erlebte, hat ein starkes Bedürfnis nach Veränderung. Sie sucht nach politischen Antworten auf die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, wie hohe Lebenshaltungskosten und Wohnungsknappheit. Während die Grünen als Traditionspartei bei jungen Wählern an Popularität verloren haben,konnte die Linke mit ihren klaren und konkreten Forderungen punkten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Linke sich durch ihre klare Positionierung in sozialen Themen, ihre Abgrenzung zur AfD und ihre erfolgreiche Nutzung von Social Media als eine beliebte Partei unter jungen Wählern etabliert hat.

Sie spricht die Ängste und Sorgen der Generation Z direkt an und setzt auf eine starke soziale Agenda. Besonders junge Erstwähler*innen, die nach der Corona-Pandemie und der Ampel-Koalition eine Veränderung suchen, finden in der Linken eine glaubwürdige Alternative. Die Partei hat sich so zu einer wichtigen Stimme der jungen Generation entwickelt, die sowohl sozial als auch politisch den Drang nach Veränderung verkörpert.

■ *L.S. Gottschalk*

Franziska Leschewitz

Eure neue Abgeordnete aus und für Spandau

Franziska Leschewitz Umweltpolitische Sprecherin für Die Linke im Abgeordnetenhaus

Seit Mai 2025 vertrete ich unseren wunderschönen Bezirk für Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus. Für mich ist Politik nicht nur Papierkram, sondern vor allem: ansprechbar sein, zuhören, Ideen aufnehmen und gemeinsam etwas bewegen.

Hast du Fragen, Anregungen oder Projekte für unseren Kiez? Dann melde dich gern bei mir und meinem Team. Wir freuen uns auf den Austausch!

Ich setze mich vehement für soziale Gerechtigkeit, eine verlässliche Gesundheitsversorgung und konsequenten Klima- und Umweltschutz in unserer Stadt ein.
Politik, die bei dir ankommt und deinen Alltag wirklich verbessert!

Seit meinem Wiedereinzug bin ich umweltpolitische Sprecherin für Die Linke im Abgeordnetenhaus. Denn Umweltschutz ist nicht Kür, sondern Lebensgrundlage, in Spandau genauso wie in ganz Berlin.

Leider haben wir derzeit noch kein Wahlkreisbüro in Spandau.
Du erreichst mich aber jederzeit per Mail – und wir rufen dich auch gern zurück.

E-Mail: kontakt@franziska-leschewitz.de
Telefon: (0)30 / 2325 2507
Instagram: franziska.leschewitz

Für die regelmäßige Sozialberatung wende dich bitte an:
Die Linke Spandau
Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin

> Unsere Natur ist die Grundlage unseres Lebens. Ohne Natur ist alles nichts.

125 Jahre Spandauer Imkerverband

Im Plenum im Abgeordnetenhaus

Von Sachsen nach Spandau

Geboren und aufgewachsen bin ich in Süd-West-Sachsen, wo ich meine Ausbildung zur pharmazeutisch-technischen Assistentin gemacht habe. Beruflich hat es mich dann nach Berlin verschlagen, genauer gesagt nach Spandau, die schönste Stadt Berlins! Hier arbeite ich bis heute in einer öffentlichen Apotheke.

Warum Die Linke?

2013 bin ich in die Linke eingetreten, weil sie für mich die einzige Partei ist, die die soziale Frage konsequent in den Mittelpunkt stellt. Seitdem habe ich mich viel ehrenamtlich engagiert, unter anderem in der Bezirksverordnetenversammlung Spandau.

2020 zog ich erstmals ins Abgeordnetenhaus ein, und jetzt bin ich wieder da, um mich für eine gute Versorgung der Menschen in unserer Stadt stark zu machen.

„Ich möchte Politik machen, die bei dir ankommt. Politik, die zuhört. Politik, die anpackt.“

Spandauer Umschau Quiz 2025

In Spandau gibt es mehr...
T Millionär*innen als Grundschulen
G Menschen mit Mietschulden als mit Yachten
S Sozialwohnungen als SUV-Parkplätze

1

Wozu ist der Vermieter verpflichtet, wenn man baubedingten Schimmel in der Wohnung hat?
A Den Mieter*innen die Schuld geben, weil sie nicht genug lüften
I Zu gar nichts
E Schimmel fachgerecht beseitigen und bis dahin die Miete mindern

2

Wie kann die schlechte ÖPNV-Anbindung in der Wasserstadt gelöst werden?
E Seilbahn mit Platz für 4 Leuten pro Gondel
R Eine Tram-Anbindung, die bis zu 20.000 Personen pro Stunde transportiert
S Gar nichts machen und laut schimpfen

3

Wo lernen Kinder schwimmen in Spandau, wenn das Kombibad Spandau Süd immer noch geschlossen bleibt?
P Im Pool in ihrem Garten natürlich
U Bei dem Sommer am besten gar nicht
E Die Eltern fahren sie über eine halbe Stunde in einen anderen Bezirk, weil in Spandau keine Intensiv-Schwimmkurse angeboten werden.

4

Mit wem trifft sich das Bezirksamt, um über Mieterschutz zu entscheiden?
C Mit den Investoren
B Mit den Mieter*innen und Nachbarschaften
U Mit Niemandem, Politik findet immer noch im Rathaus statt

5

Was hilft Kindern und Jugendlichen bei psychischen Problemen wirklich?
A An eine der 3 JugendpsychiaterInnen in Spandau verweisen
H Ein integriertes medizinisches Versorgungszentrum für Kinder und Jugend mit psychischen Problemen
W Gelder der Jugendtreffs streichen

6

Wer ist in Spandau von Armut bedroht?
T Fast jede vierte Person
M Armut existiert in Deutschland nicht.
N Kai Wegner

7

Buch-besprechung **Eine kurze Geschichte der Gleichheit**

Thomas Pikettys Eine kurze Geschichte der Gleichheit ist eine kurze Darstellung der historischen Kämpfe für mehr Gleichheit in Gesellschaft und Wirtschaft auf der ganzen Welt. Piketty beschreibt anhand einiger Beispiele, dass gesellschaftliche Verbesserungen keine Selbstverständlichkeit sind, sondern das Ergebnis erbitterter Kämpfe (von links). Durch gewerkschaftliche und parteiliche Organisation wurden aus einst unrealistischen Utopien, wie der 8-Stunden Tag, Realität.

Einen besonderen Fokus legt Piketty auf die Ungerechtigkeit der Kolonialzeit, die auch nach dem offiziellen Ende der Kolonialherrschaft nicht enden will. Besonders bewegt uns das Bespiel der Sklavenrevolution gegen die französischen Kolonialherrscher in Haiti und die brutalen Strafzahlungen, die Haiti noch bis nach dem zweiten Weltkrieg an das Täterland Frankreich zahlen musste. Es sind Kämpfe wie der für die Rückerstattung dieser Gelder an Haiti, die auch heute noch notwendig sind und uns näher an universale Gerechtigkeit bringen können.

Piketty beschränkt sich in seinem Buch aber nicht nur auf die Geschichte der Gleichheit, sondern zeigt auch einen Weg für ihre Zukunft auf. Diese sieht er in einem demokratischen Sozialismus, der durch viele kleine und große Reformen entstehen kann. Mögliche Maßnahmen auf dem Weg zu mehr Gleichheit sind beispielsweise stark progressive Steuern, welche durch transparenteren Institutionen weltweit durchgesetzt werden, um die Steuerflucht der Superreichen zu überwinden. Das Buch ist zwar faktenreich und wissenschaftlich, aber in zugänglicher Sprache formuliert und motiviert zur politischen Auseinandersetzung mit den ganz großen Fragen. Wer sich für Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Wandel interessiert, findet hier eine eindrucksvolle, wenn auch bewusst komprimierte Analyse – mit einer klaren Botschaft: Eine gerechtere Welt ist möglich, denn wir haben es schon einmal geschafft.

1 2 3 4 5 6 7

Trage die richtigen Buchstaben ein und schicke das Lösungswort bis zum 30.11.2025 an *team@die-linke-spandau.de* unter den richtigen Antworten verlosen wir ein Exemplar des Buches.

Mach mit!

Unsere Aktiventreffen für Mitglieder und Interessierte ab jetzt immer dienstags: Komm vorbei!

Du willst etwas gegen den Rechtsruck in Deutschland tun?
Du überlegst schon länger, in Die Linke einzutreten, aber willst erstmal schauen? Du bist schon länger Mitglied der Partei Die Linke und möchtest jetzt aktiv werden? Dann ist jetzt der perfekte Zeitpunkt! Komm doch vorbei zu unserem Aktiventreffen.

Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat **immer um 19 Uhr in der Geschäftsstelle** der Linken Spandau, Pichelsdorfer Straße 138.
Die Themen der Treffen findest Du immer unter
www.die-linke-spandau.de/mehr/termine.

Wir freuen uns auf Dich!

Kein Geld ist auch keine Lösung...

Unterstützt uns mit einer Spende!
Die Linke Spandau,
IBAN: DE48 1007 0848 0525 6078 07, BIC: DEUTDEDB110,
Verwendungszweck: Spende Die Linke Spandau

Die Linke
Bezirksverband Spandau